

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/3865 –

Gute Rahmenbedingungen für Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz weiter verbessern

Gute Arbeitsbedingungen in den Schulen und ein vielfältiges Bildungsangebot für alle zu sichern, ist und bleibt das zentrale Anliegen der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik.

Alle Menschen sollen Zugang zu den Bildungswegen erhalten, die sie sich wünschen. In Rheinland-Pfalz wird mit den Grundschulen, den Förderschulen, den Realschulen plus, den Integrierten Gesamtschulen, den Gymnasien und den berufsbildenden Schulen ein durchlässiges und leistungsfähiges Schulangebot vorgehalten, das auf Chancengleichheit ausgerichtet ist und Schülerinnen und Schülern Zugang zu allen Bildungsabschlüssen wohnortnah ermöglicht.

Gute Bildung gelingt nur mit den richtigen Rahmenbedingungen und mit hochqualifizierten und motivierten Lehrkräften. Deshalb fließen in Rheinland-Pfalz 25 Prozent des Landeshaushaltes in die Bildung. Pro Jahr geben wir hierfür 4,5 Milliarden Euro aus, alleine 2,1 Milliarden Euro für eine gute Unterrichtsversorgung.

Lehrerinnen und Lehrer im Land leisten eine hervorragende Arbeit, die bisweilen auch belasten kann. Deshalb unterstützt das Land sie nach Kräften und arbeitet kontinuierlich daran, gute Rahmenbedingungen im Interesse der Lehrkräfte und der Schülerinnen und Schüler zu erhalten und – wo nötig – auch weiter zu verbessern.

Der Unterricht an den rheinland-pfälzischen Schulen wird zu weit über 90 Prozent von verbeamteten (ca. 34 000) oder unbefristet beschäftigten Lehrkräften (ca. 3 400) erteilt.

Rheinland-Pfalz gehört zu den Ländern, in denen kontinuierlich in jedem Jahr Lehrkräfte unbefristet eingestellt werden – so für das laufende Schuljahr schon jetzt rund 930 Lehrerinnen und Lehrer. Junge Lehrkräfte haben also in Rheinland-Pfalz verlässliche, gute Einstellungsperspektiven, was auch einem Lehrkräftemangel entgegenwirkt.

Wir nehmen die Situation der Vertretungskräfte sehr ernst und wertschätzen ihre Arbeit. Wir wollen die gute Unterrichtsversorgung sichern. Das geht – und ging auch früher – leider nicht immer ohne Vertretungsverträge.

Vertretungsverträge sind immer die Ultima Ratio: Vor dem Abschluss von Vertretungsverträgen wird geprüft, ob der Vertretungsbedarf anderweitig gedeckt werden kann, z. B. durch Übernahme von Unterricht durch andere Lehrkräfte des Kollegiums. Daher wird auch für jedes neue Schuljahr im Rahmen der Personalplanung geprüft, welcher Vertretungsbedarf weiter bzw. neu besteht.

So gelingt es, dass, wie im Vorjahr, deutlich mehr als 90 Prozent derer, die vor den Sommerferien einen Vertretungsvertrag hatten und die nach den Sommerferien im Schuljahr 2017/2018 weiterbeschäftigt wurden, auch während der Sommerferien bezahlt wurden.

Der Landtag begrüßt:

- dass die Unterrichtsversorgung in Rheinland-Pfalz aufgrund vorausschauender Personalplanung und gezielter Anstrengungen seit Jahren auf hohem Niveau gesichert wird und seit dem Schuljahr 2009/2010 über 12 600 Lehrkräfte dafür neu eingestellt wurden;
- dass Rheinland-Pfalz durch diese kontinuierliche Einstellungspolitik mit die jüngsten Lehrerkollegien im bundesweiten Vergleich hat;
- dass in Rheinland-Pfalz die Klassenmesszahlen gesenkt wurden und wir bundesweit mit die kleinsten Klassen haben: So haben seit dem Schuljahr 2014/2015 alle Grundschulklassen nicht mehr als 24 Schülerinnen und Schüler. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur weiteren Qualitätsentwicklung in unseren Schulen und trägt zu guten Rahmenbedingungen für die Lehrkräfte bei;
- dass zur besseren Organisation des Vertretungsbedarfs zum Schuljahr 2011/2012 ein Vertretungspool von dauerhaften Beamtenplanstellen eingerichtet wurde, der seit dem Schuljahr 2016/2017 1 000 Planstellen umfasst. Dies verringert die Zahl der befristeten Arbeitsverträge im Bereich der Vertretungskräfte und verbessert die Arbeitsbedingungen junger Lehrkräfte;
- dass die Landesregierung darauf achtet, dass den Vertretungslehrkräften mit voller Lehramtsbefähigung der Sprung auf die Planstelle gelingt und Zeiten als Vertretungslehrkraft zu einem Bonus von bis zu einer Notenstufe bei der Einstellungsrunde führen können;
- dass es einen eigenen Einstellungskorridor für Vertretungslehrkräfte gibt – 20 Prozent der Planstellen in jedem Jahr gehen an sie – und sie stehen dabei nicht in Konkurrenz mit den übrigen Bewerberinnen und Bewerbern;
- dass sich das Land aktiv und bereits seit Langem für den Arbeitsschutz und die Gesundheitsförderung von Lehrkräften einsetzt. Rheinland-Pfalz war 2011 das erste Bundesland, das Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften mit einem gesonderten Institut für Lehrergesundheit dabei hilft, gesund zu bleiben oder gesund zu werden;
- dass das Land über das Pädagogische Landesinstitut Coachings und passgenaue Fortbildungsangebote für Lehrkräfte anbietet, die vor besonderen Herausforderungen oder Anforderungen stehen;
- die Fortführung der Altersteilzeitregelung für verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer. Hierbei bietet das Land älteren Lehrkräften die Möglichkeit, früher aus dem Beruf auszuschcheiden oder die Arbeitszeit zu reduzieren, um somit Entlastung oder mehr Freiräume in ihrer allgemeinen Lebensgestaltung zu erhalten;
- die vielfältigen Maßnahmen der rheinland-pfälzischen Landesregierung, um den Lehrkräftebedarf zu decken. So u. a. die Erhöhung der Ausbildungsplätze an den Studienseminaren auf aktuell mehr als 2 200 Seminarplätze; die jährlich aktualisierte Broschüre zum Lehramtsstudium, mit der ganz gezielt für den Lehrerberuf differenziert nach den Lehrämtern in den einzelnen Schularten geworben wird und in der besonders erfolgversprechende Fächerkombinationen für eine spätere Einstellung benannt werden oder die Kampagne „Entdecke DIE LEHRE in Dir!“ für den Bereich der berufsbildenden Schulen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- konsequent an der Zielsetzung der 100-prozentigen Unterrichtsversorgung festzuhalten;
- die kontinuierliche Einstellungspolitik fortzusetzen, um damit möglichst vielen im Lande ausgebildeten Lehrkräften eine gute berufliche Perspektive bieten zu können;

- das erfolgreiche Instrument des Vertretungspools über die geschaffenen 1 000 Stellen deutlich auszubauen und dabei einen Schwerpunkt auf die Grundschulen zu legen;
- die Zahl der befristeten Arbeitsverträge im Bereich der Vertretungskräfte zu reduzieren;
- basierend auf den Ergebnissen des Modellprojekts „Mehr Selbstverantwortung an rheinland-pfälzischen Schulen“ schrittweise die Personalverantwortung der Schulen zu stärken.

Für die Fraktion der SPD: Für die Fraktion der FDP:
Martin Haller Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer

